

Die SPD-Fraktion beantragt:

„Der Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sozialausschuss empfiehlt dem Rat folgende Resolution zu beschließen:

- Der Rat der Gemeinde Swisttal fordert den Bund und die Bundesländer auf, die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II über den 31.12.2013 hinaus sicherzustellen und die Finanzierung in Höhe von 400 Millionen Euro zu entfristen.
- In Swisttal trägt die Schulsozialarbeit zur Qualität der schulischen Bildung, zur sozialen Teilhabe junger Menschen und zur Integration bei. Um dies auch langfristig zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Gelder zur Schulsozialarbeit, die bisher eine einmalige Förderung waren, zu verstetigen.
- Der Rat der Gemeinde Swisttal appelliert deshalb an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen und dem vom Bundesrat in seiner Sitzung am 3. Mai 2013 beschlossenen Gesetzesentwurf zur Änderung des § 46 SGB II (Bundesratsdrucksache 319/13) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

03 Ja
10 Nein
01 Enthaltung

Die CDU-Fraktion beantragt:

Der Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sozialausschuss empfiehlt dem Rat folgende Aufforderung zu beschließen:

- In Swisttal trägt die Schulsozialarbeit zur Qualität der schulischen Bildung, zur sozialen Teilhabe der Schüler und Schülerinnen und zur Integration bei. Angesichts dieser positiven Erfahrung sollte die kommunale Schulsozialarbeit bzgl. des Bildungs- und Teilhabegesetzes in Swisttal über den jetzigen Auslaufzeitpunkt Ende 2013 verstetigt werden. Voraussetzung dafür ist, dass das Land NRW die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellt.
- Der Rat der Gemeinde Swisttal fordert deshalb die Landesregierung des Bundeslandes NRW auf, die notwendigen finanziellen Mittel ab 2014 bereit und den Kommunen zur Verfügung zu stellen, damit die Schulsozialarbeit bzgl. des Bildungs- und Teilhabegesetzes ab 2014 und Folgejahre in dem bisherigen Umfang in Swisttal fortgesetzt werden kann.